

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Müller, Magdeburg. — Verantwortliche Redakteur: Dr. und Verleger von M. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnummer 1111: für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 2.75 RM., monatlich 1.25 RM. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.45 RM., monatlich 1.75 RM. Bei den Postämtern halbjährlich 6.50 RM., jährlich 12.00 RM. Einzelhefte 20 Pf. Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. — Anzeigen-Kosten werden nicht erhoben, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer Nr. 2903 Berlin.

Nr. 242.

Magdeburg, Dienstag den 15. Oktober 1918.

29. Jahrgang.

Ranzlersturz in Sicht.

Ueber Sonntag haben sich wichtige Ereignisse zugetragen. Sprunghaft. Die deutsche Antwort auf Wilsons Fragen ist erschienen. Gleichzeitig ist eine Reichsfanzlerkrise ausgebrochen. Es wird ein Brief des Prinzen Max von Baden bekannt, in dem Ansichten und Ueberzeugungen entwickelt sind, die zu denen seiner Programmrede vom 5. Oktober in scharfem Gegensatz stehen.

Die Antwort an Wilson.

Die deutsche Regierung hat Sonnabend die Fragen Wilsons beantwortet und den Text alsbald veröffentlicht. Er ist weiter unten zu finden. Die Sätze sind so gehalten, daß die Voraussetzung für die weitere Friedensaktion des amerikanischen Präsidenten unmittelbar gegeben ist. Da die Ententeeregierungen trotz mancher widerstrebbenden Strömungen im Publikum wie Presse — das gilt namentlich von Frankreich — sich dem Vorgehen Wilsons anzuschließen scheinen, so könnte der Zusammentritt einer militärischen Kommission, welche die

Fragen der Räumung zu regeln

hat, für die allernächste Zeit erwartet werden. Im Interesse der Kämpfer auf beiden Seiten, die Unfähigkeit leisten und leiden und der betroffenen Bevölkerung, deren Glend infolge des neuen Bewegungskrieges jeder Beschreibung spottet, ist zu hoffen, daß keine Zeit versäumt wird. Jede Stunde der Versäumnis kostet zahlreich Menschenleben.

Die konservativ-alledeutsche Presse tobt über Deutschlands Schmach und Entwürdigung. Sie versucht alles, die deutsche Friedensaktion zu durchkreuzen und kündigt jetzt schon für den Fall, daß ihr das nicht gelingen würde, eine nationalistische Revanchebewegung an. Ob wir nach dem Friedensschluß mit einer starken Revanchebewegung in Deutschland zu rechnen haben werden oder nicht, das wird vom Inhalt des künftigen Friedensvertrags abhängen. Fällt er so aus, daß das deutsche Volk in den neugeschaffenen Verhältnissen seine Freiheit und Raum für seine wirtschaftliche Betätigung findet, dann wird die Revanchebewegung bald in nichts zerflattern. Fällt der Friedensvertrag aber anders aus, dann wird der Widerstand der Sozialdemokratie gegen den Nationalismus nichts auszurichten vermögen, und die Welt wird vor neuen Kriegsgefahren stehen.

Das ist ein klarer Sachverhalt, den die ehrlichen Freunde des Völkerbundes und des dauernden Weltfriedens auf der andern Seite des Konferenztisches nicht werden übersehen dürfen. Von ihrer Einsicht und von ihrer Kraft, übermäßige Forderungen des Nationalismus abzuwehren, hängt die Zukunft Europas ab.

Die deutsche Antwort vom 12. Oktober trägt die Unterschrift nicht des Reichskanzlers Prinzen Max, sondern die des Staatssekretärs des Auswärtigen Solz. Wie das kam, darüber muß aufrichtig berichtet werden. Der Reichskanzler Prinz Max hat in seiner sehr sympathischen Rede vom 5. Oktober mit besonderer Stärke hervorgehoben, daß die Ideen, die er jetzt vertritt, schon die längste Zeit während des Krieges seiner Ueberzeugung entsprachen hätten. Nun veröffentlicht die Presse der Entente einen

Brief des Prinzen

an den Fürsten Alexander zu Hohenlohe, der so ziemlich klar das genaue Gegenteil zu beweisen scheint. Max wendet sich in diesem Briefe, der vom 12. Januar dieses Jahres datiert ist, gegen die Friedensresolution von 19. Juli vorigen Jahres und gegen eine Demokratisierung Deutschlands nach westlichem Muster. Es ist klar, daß durch die Veröffentlichung des Ansichten des gegenwärtigen Reichsleiters einen unheilbaren Stoß erleidet.

Es wäre an sich kein Unglück, wenn Max von Baden früher in andern Ideen befangen gewesen und sich erst später zu seinen gegenwärtigen Ueberzeugungen bekehrt hätte. So ist es vielen gegangen. Sie haben aus den Tatsachen gelernt, und das ist keine Schande für sie. Was den Fall so überaus peinlich macht, ist aber die Behauptung des Prinzen, er habe keinerlei Befehring vollzogen, er habe schon immer so wie jetzt gedacht. Der Widerspruch läßt sich nur so erklären, daß der Prinz Max von Baden bei der Bezeichnung der Beständigkeit seiner Gesinnung eine fremde Formulierung übernommen hat, ohne sein Gewissen

darauf zu prüfen, ob sie auch den Tatsachen entspricht. Sein Brief an den Fürsten Alexander war unter die Schwelle seines Bewußtseins gesunken. Sehr glaubhaft macht Max auch geltend, daß ihn nur der Widerspruch gegen die über-pazifistischen Ausführungen Alexanders zu Ausbrüchen gereizt habe, die er in einem Privatbrief anwenden zu dürfen glaubte, die er aber in der Öffentlichkeit vermeiden hätte.

Fehlt also diesem psychologischen Rätsel keineswegs eine plausible Lösung, so wird man doch nicht sagen, daß dieser Zwischenfall wie ein Hauch auf dem Spiegel vergehen könnte. Nein, es muß aufrichtig gesagt werden, der Spiegel hat einen dauernden Schaden erlitten. Wir haben eine bittere Enttäuschung erlebt.

Ihre erste Folge ist die Unterzeichnung der deutschen Note nicht durch Max von Baden, sondern durch den Staatssekretär Solz. Eine Erklärung des Prinzen wird vorbereitet. Ob sie den Zwischenfall ausreißt, ist zweifelhaft. Wir möchten sagen, es ist recht unwahrscheinlich.

* * *

Der verhängnisvolle Brief.

Der Brief wird von Reuter veröffentlicht. Er ist also offenbar in englische Hände geraten. Auf welchem Weg ist ja gleichgültig. Es genügt, daß die Gegner ihn besitzen und ausnutzen. Die Veröffentlichung ist vom 8. Oktober datiert. Der Brief selbst vom 12. Januar d. J., vier Tage, nachdem Wilson im amerikanischen Kongress seine vierzehn Punkte aufgestellt hat, die die deutsche Regierung mit Max von Baden an der Spitze nunmehr angenommen hat.

Der Text des Privatbriefes soll heute in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht werden. Das ist nur möglich, wenn Max von Baden auch von seinen Familien- und Freundesbriefen Kopien behält. Man muß das annehmen, da die Publikation angekündigt wird.

Vorläufig sind wir über den Inhalt auf die Angaben der Pariser Blätter vom 8. Oktober angewiesen. Vor uns liegt der „Temps“ (Zeit) vom genannten Tage. Dort trägt die Sensation den Titel: „Die Aufrichtigkeit des Prinzen Max von Baden.“ Dieser habe mit Falkenhahn das Gemeinliche, daß auch Max von Baden der Meinung sei, die Worte seien dazu da, um die Gedanken zu verbergen. Es werden dann folgende Stellen aus dem Brief angeführt, der an Alexander von Hohenlohe wegen der Rede gerichtet worden, die der jetzige Reichskanzler in der badischen Ersten Kammer am 14. Dezember des Vorjahres gegen das „Moralorium der Bergpredigt“ und für die Wiederherführung der Menschheit gehalten:

Die Zeitungen der Linken belästigen mich mit ihren Lobspfeilen, obgleich ich doch deutlich genug das Stichwort der Demokratie und alle Formen der politischen Theoretiker einschließlich der des Parlamentarismus zurückgewiesen habe.

Außerdem steht im „Temps“ noch folgende Stelle:

Den Feind bei der Gurgel packen, sich Lustig zu machen über seine Feindelei in den Fragen der Verantwortlichkeit für den Krieg und denen der Demokratie, war für mich ein wahres Bedürfnis geworden. . . Natürlich wünsche ich auch die weitgehendste politische Ausnutzung unserer militärischen Erfolge; auch ich bin ein Gegner der abschließlichen Friedensresolution, die aus der Furcht geboren ist, und ich wünsche, daß wir die umfangreichsten Entschädigungen erhalten, in welcher Form es auch immer sei, um uns die Auspömerung nach dem Kriege zu ersparen.

Meine Ansicht deutet sich, glaub ich, nicht vollkommen mit der Deinen, denn ich bin nach wie vor kein Anhänger davon, daß wir über die belgische Frage noch mehr sagen, als wir schon gesagt haben. Wir haben es mit einem klugen und erfahrenen Gegner zu tun, mit England. Belgien ist das einzige Kaufmannsland. Das würde es andererseits auch bleiben, wenn die vorläufigen Bedingungen für einen dauerhaften Frieden schon vorhanden wären, aber das ist nicht der Fall, denn Lloyd George und Clemenceau haben die Brüden abgebrochen.

Diese Auszüge stehen mit der programmatischen Rede, die Max von Baden am 5. Oktober im Reichstag gehalten hat,

im schärfsten Gegensatz.

Im Briefe beschwert er sich über die Lobspfeile der Linken; im Reichstag will er nur mit der Unterstützung der

Linken das Kabinett bilden. Im Briefe weist er die Demokratie zurück; im Reichstag will er sie einführen. Im Briefe erklärt er sich gegen den Parlamentarismus, im Reichstag singt er sein Loblied. Im Brief ist er ein Gegner der abschließlichen Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli vorigen Jahres, im Reichstag macht er sie sich zu eigen und will der Leiter einer Politik sein, die sich auf sie stützt und die ihre Bedingungen fortführt. Im Briefe will er Belgien in der Hand behalten, um es als Entschädigung für Kolonien gegen England zu benutzen; im Reichstag gibt er Belgien ohne Bedingungen heraus und verspricht eine Entschädigung für seine materiellen Verluste.

In allen Punkten klafft zwischen dem Prinzen Max von Baden im Briefe und dem Ranzler Max von Baden im Reichstag eine breite Kluft. Das eine schließt das andre aus. Wir können uns nicht vorstellen, daß die sozialdemokratische Fraktion, die am Dienstag entscheidet, erklären gibt, sie könne mit Max von Baden noch weiter zusammenarbeiten. Wie auch immer die persönlich-menschlichen Erklärungsversuche des jetzigen Reichskanzlers lauten mögen.

Denn der Leiter der Reichspolitik muß, wenn er zum Frieden kommen will, eine weiße Weste haben. Darüber verfügt Max von Baden aber nicht mehr.

Die weiße Weste.

Sie ist unbedingt notwendig, wenn wir zu einem Frieden kommen wollen, wie er jetzt noch möglich ist. Die Regierungen der Entente sind voll des Mißtrauens gegen Deutschland. Sie behaupten, daß die deutschen Regierungen vom Kriegsbeginn an doppelzüngig und hinterhältig operiert haben. Wir wissen noch nicht, in welchem Umfang ihr Vorwurf berechtigt ist, die Deffektivität ist ja niemals unterrichtet worden. Wir kennen nur den Fall Bethmann-Wilson, der in unserer letzten Nummer klargestellt worden ist. Der Fall genügt schon, um die gegnerischen Regierungen mißtrauisch zu machen.

Außerdem behaupten die Regierungen der Entente, der Reichstag habe nichts zu sagen, die Nebenregierungen hätten das ausschlaggebende Wort. Sie empfehlen auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 einerseits und auf die Gewaltfriedensverträge von Brest und Bukarest andererseits. Der Reichstag will Frieden ohne Annexionen mit Versöhnung. Die Regierung schließt Verträge mit Annexionen oder Ablösung der Randstaaten und ohne Versöhnung und Befragung der Völker. Man muß zugeben, daß der höhnische Hinweis der Entente auf die Ohnmacht des Reichstags berechtigt ist.

Oder doch berechtigt war. Nun wird von deutscher Seite geantwortet, der 5. Oktober habe alles gehandelt. Hinfort habe nur die Volkvertretung zu bestimmen. Die Neubildung der Regierung und ihre ersten Taten liefern dafür den Beweis. Raum geht diese Behauptung ins Ausland, da kommt auch schon die Antwort: bitte, euer Reichskanzler hat vor neun Monaten genau entgegenge-setzte Ansichten gehegt, wie er jetzt geäußert. Kann man da erwarten, daß die Entente der neuen deutschen Regierung mehr Vertrauen entgegenbringt als der frühern? Von diesem Vertrauen aber hängt das ganze Friedenswerk ab.

Ein drittes Bedenken.

Es wird deutlich, wenn wir die bisherigen Noten in ihrem Wortlaut einander folgen lassen:

I.

Die deutsche Friedensnote vom 5. Oktober.

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Max Frina von Baden, Reichskanzler.

II. Wilsons Fragen
in der amtlichen Uebersetzung.

Obor er das Ersuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung beantwortet und damit diese Antwort so aufrichtig und geradwegs ausfällt, wie die bedeutenden, auf dem Spiele stehenden Interessen es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für nötig, sich den Sinn der Note des Kaiserlichen Kanzlers zu vergewissern.

Will der Reichskanzler sagen, daß die deutsche Regierung die Sache annimmt, die der Präsident in seiner Ansprache an den Kongreß am 8. Januar d. J. und in späteren Ansprachen niedergelegt hat, und daß der Zweck der einzuleitenden Besprechung lediglich der sein würde, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Mit Bezug auf den Vorschlag eines Waffenstillstandes fühlt sich der Präsident verpflichtet, zu sagen, daß er sich nicht in der Lage fühlen würde, den Waffenstillstand den Regierungen vorzuschlagen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden ist, so lange die Seeer dieser Mächte auf dem Boden stehen. Jegliche vertrauensvolle Förderung würde offenbar von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, ihre Streitkräfte unverzüglich überall von dem gewaltsam besetzten Gebiet zurückzuziehen.

Der Präsident hat ferner die Empfindung, daß er berechtigt ist zu fragen, ob der Kaiserliche Kanzler bloß für die eingesetzten Behörden des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben.

Er erachtet die Antworten auf diese Fragen als entscheidend von jedem Gesichtspunkt.

III. Die deutsche Antwort.

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die Deutsche Regierung: Die Deutsche Regierung hat die Sache angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Rundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die Deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Vorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige Deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch

Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. In jeder seiner Handlungen gestützt auf den Willen dieser Mehrheit spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Berlin, den 12. Oktober 1918.
gez. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.
Kaum geht diese Note in die Welt, da gerät schon die Stütze des Reichskanzlers ins Wanken. Die Sozialdemokraten werden durch den Privatbrief herumgeworfen und hegen die schwersten Bedenken, ob sie einen solchen Reichsleiter noch unterstützen können. Max von Baden erklärt sich bereit zurückzutreten, wenn die Sozialdemokratie Anstoß an ihm nimmt. Die bürgerlichen Parteien wollen noch den Rücktritt verhindern. Sie hoffen auf irgendein Wunder, das nach unserer Meinung nicht eintreten kann.

Aber davon abgesehen, aus der sorgfältigen Vergleichung der drei Aktenstücke ergibt sich noch ein weiteres Moment, das auf die Haltung der Entente den größten Einfluß ausüben wird. Es ist zu bemerken, daß — zum erstenmal in der amtlichen deutschen Geschichte — nicht von einer kaiserlichen Regierung, sondern nur von einer deutschen Regierung schlechtthin gesprochen wird. Die deutsche Regierung ersucht, die deutsche Regierung nimmt an, die deutsche Regierung ist gebildet. Es klingt so, wie wenn die deutsche Regierung einer Republik vorstände und nicht in einer Monarchie amtierte.

Das Gegenstück liefert Wilson. Er spricht von der kaiserlich deutschen Regierung und apostrophiert Max von Baden zweimal mit Nachdruck als kaiserlichen Kanzler.

Die deutsche Regierung läßt Wilhelm 2. hinter den Vorhang treten; Wilson sorgt dafür, daß er wieder vor dem Vorhang erscheint. Dahinter steckt eine tiefe Absicht. Die Entente hat oftmals erklärt, daß sie mit einem Hohenzollern keinen Frieden schließe. Wilson hat in seiner Rede vom 27. September proklamiert, daß alle Völker nur Regierungen haben dürfen, die vom Volk und nur vom Volk abhängen. Seine dreifache Unterstreichung der Worte „kaiserlich“ hat den Zweck, der deutschen Regierung, die in ihren Noten sorgfältig diese Charakterisierung unterläßt, zu zeigen, daß sie nicht vom Volke allein abhängt, sondern daß Mächte über sie entscheiden, die vom Willen des Volkes unabhängig sind. Mit diesen Mächten aber will die Entente, will in erster Linie Wilson nicht verhandeln. Denn „wir hegen nicht dieselben Gedanken, wir sprechen nicht dieselbe Sprache.“

Wir erachten daher in der kommenden Antwort Wilsons seine Neußerung über die

dritte Frage als die wichtigste.

In den ersten beiden Punkten hat Deutschland voll nachgegeben. Der Wille Wilsons ist das oberste Gesetz geworden. Seine Friedensbedingungen sind von deutscher Seite ohne Einschränkung angenommen. Es wird nur noch über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung verhandelt werden. Bezüglich der Räumung der besetzten Gebiete gelten die Anordnungen Wilsons. Deutschland wie Oesterreich-Ungarn ziehen ihre Heere auf das Heimatgebiet zurück. Die Deutschen aus dem Westen, die Oesterreicher aus Italien. Bedingungslos. Diese Entscheidung ist getroffen im vollen Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung. Was all denen gesagt sei, die sich gegen den Verzicht auflehnen. Sie haben doch bisher der Obersten Heeresleitung das schrankenloseste Vertrauen entgegengetragen. Jetzt, wo ihre Entscheidung gegen ihren Willen ausfällt, wird das Vertrauen von alldeutscher Seite sofort gekündigt. Wird Aufstand und Auslieferung dagegen gepredigt. Berliner Alldoitsche haben ja schon am hölzernen Hindenburg vor dem Reichstag demonstriert und dabei vergessen, daß Hindenburg sein Einverständnis mit dem deutschen Verzicht ausgesprochen hat. Folglich muß die militärische Lage sich doch wohl so gestalten haben, daß etwas anderes nicht übrigbleibt. Freiwillig und ohne Zwang unternimmt niemand die bedingungslose Räumung besetzten Gebiets.

In den ersten beiden Absätzen der deutschen Antwort ist also nichts enthalten, was dem Frieden entgegenstände. Der dritte Absatz aber

Kann Gefahren auslösen.

Mit dem Kniffe der neuen Regierung: der Lösung des Wortes „kaiserlich“ ist nichts getan. Um so weniger, als die zur selben Stunde erfolgte Ankündigung der Kommandeure der Armee mit dem Worten beginnt: „Seine Majestät der Kaiser und König hat den Reichskanzler und den preussischen Justizminister beauftragt.“ Hier tritt der Monarch gleichsam im Krönungsmantel vor die Öffentlichkeit; in den Friedensnoten wird er verstreut, wie wenn er nicht existierte. Die Entente aber weiß, daß er da ist. Und sie wird nach dieser Tatsache ihre Entscheidungen treffen, ihre Bedingungen stellen.

Wilson verlangt die Garantie, daß die deutsche Regierung, um vertrauenswürdig zu sein, lediglich vom Volk abhängt. Diese Gewähr kann ihm unter den heutigen Umständen nicht geboten werden. Hier liegt die Gefahr für den Frieden. Sie wird vergrößert durch die Enthüllung über Max von Baden.

Der Entente ist es leicht gemacht, den Hebel anzusetzen. Niemals kam ihr eine Reichskanzlerkrise so gelegen wie jetzt. Aber mit dieser Krise allein ist es nicht getan. —

Was der Krieg bringt.

Ein Parteitag des Friedens.

Die Volkspartei, welche der Parteitag der französischen Sozialisten aus Anlaß des deutschen Friedensangebots an den Präsidenten Wilson in seiner ersten Sitzung am 6. Oktober beschlossen hat, hat folgenden Wortlaut:

Die Partei begrüßt mit Freuden das neue Ergebnis der unermüdlichen Anstrengungen und willigen Opfer der wunderbaren Gruppen der verbündeten Demokratien. Sie erklärt hierin gleichzeitig ein Zeichen des Umschwungs der öffentlichen Meinung der feindlichen Nationen zu einer klaren Auffassung des Rechtes und der Freiheit. Wenn die Parteien auch die notwendigen diplomatischen und militärischen Sicherungen verlangt, so ist sie doch der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen die Pflicht haben, eine Besprechung eines solchen Angebots, das tatsächlich eine ernste Eröffnung der Unterhandlungen bedeutet, nicht mit Verachtung zurückzuweisen. Die Partei beglückwünscht es, daß es Präsident Wilson ist, an den das Angebot gerichtet wurde. Sie betrachtet es jetzt schon als einen Sieg der Demokratie; zuerst war Oesterreich-Ungarn gezwungen, die vierzehn Punkte vom Januar 1918 als Grundlage der Verhandlungen anzunehmen; noch mehr: der deutsche Reichskanzler hat endlich anerkannt, daß die Besprechungen eine Frage des Völkerrechtes ist, obwohl er nur von einem allgemeinen Einverständnis über die Autonomie dieser Provinzen spricht; und indem er seine neue Regierung als eine aus dem Volke hervorgegangene und in Uebereinstimmung mit ihm handelnde bezeichnet, hat er anerkannt, daß zur Herstellung eines dauerhaften Friedens die verschiedenen Staaten sich gegenseitige Sicherungen geben müssen. Es ist also wichtig, daß diese erste Anstrengung zugunsten einer demokratischen Lösung vollendet wird. Die sozialistische Partei ist entschlossen, eine tatkräftige Aktion in diesem Sinne zu verlangen.

Am 21. September hat Präsident Wilson anerkannt, daß die Arbeiter seit von ihren Regierungen verlangt haben, daß sie tatsächlich ihre Kriegsziele und Friedensbedingungen kundgeben. Die sozialistische Partei erinnert daran, daß sie seit im Sinne Wilsons gehandelt und daß auch die Londoner interalliierte Arbeiterkonferenz die 14 Punkte Wilsons angenommen hat. Die Partei schlägt sich deshalb jeder Aktion an, die Wilson unterstützen mag, um die kämpfenden Massen zu befreieren.

Die große Auseinandersetzung auf dem französischen Parteitag über die richtige Haltung der Partei hat mit einem Siege der bisherigen Minorität geendet. Ihre Resolution wurde mit 1823 gegen 1212 Stimmen angenommen, wobei daran erinnert werden muß, daß die Franzosen nach der Zahl der vertretenen Organisationen abstimmen. Die Resolution richtet sich, wie das Imperator „Handelsblatt“ erzählt, gegen die Politik der Regierung, gegen das Zusammengehen mit der Bourgeoisie, gegen die Kredite, gegen die Intervention in Syrien.

Auch in der Aenderung der Zeitung der „Humanität“ drückt der Umschwung sich aus. An Stelle Renaudis tritt der Jesuit Marcel Cachin an die Spitze des Blattes. Referat der Verhandlungen des Parteitages wird weiterhin gegeben:

Am Mittwoch und Donnerstag erreichten die Verhandlungen des Parteitages, welchen Jovet von der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei nach Ueberwindung der Widerstände und der strengste Sozialist Reizidis beinahten, ihren Höhepunkt, in

der Mittwochsdebatten mit der Rede Cachins, welcher Dokumente der Geheimdiplomatie zum zweiten Sitzungsbrief vorlas. Dieser Teil der Sachrede ist vollständig der Besurberfallen. Aus dem Bericht der „Humanität“ geht hervor, daß Cachin die Zerstückelung Oesterreichs bekämpfte, die weder Englands noch Amerikas Sympathie habe. Cachin wünscht sie ebensowenig, weil Oesterreich ein notwendiges Gegengewicht Deutschlands sei. Cachin sieht in der Bezeichnung Bulgariens eine Gefahr, weil sie Rivalitäten möglich macht. Die Diplomatie und die offiziellen Absichten bleiben geheim. Dies war vielleicht der Antrag, daß dem französischen Publikum die Warnungen Wilsons, der den Gedanken der großen Masse den Gedanken der Staatsmänner entgegenstellte, verstimmt vermittelt wurden.

Albert Thomas gab in seiner Erwiderung zu, daß alle Regierungen sich hier begeben und niemals eine feste Politik hatten. Würde man zur Versteinerung des Friedens die Unversertheit des heutigen Oesterreichs respektieren, so wäre das ein Verrat an den Südslawen. Auf eine Poitischenfrage über Irland schweig Thomas.

Louquet griff den Imperialismus der Regierenden an und betonte die Notwendigkeit der Opposition gegen den Annexionalismus. Wenn Thomas mit den fragwürdig zusammengesetzten Nationalitäten-Komitees im Einvernehmen sei, so siehe er im Widerspruch zu den Sozialisten der Länder, welche er zu besetzen beabsichtigt. Wenn Nationen gezerrt werden müßten, so in erster Reihe die französische, die der Krieg unmittelbar bedrohe. Louquet gab bekannt, daß die Verhandlungen zwischen Oesterreich, Frankreich, England und Italien niemals anderen Alliierten, namentlich Sow und Serenji, bekanntgegeben wurden. In keinem Augenblick wollte man begonnen neue Ausdrücke für den Allgemeinfrieden benutzen. Unsere Regierungen bezweckten mit dem osterreichischen Sonderfrieden nur die Vernichtung Deutschlands, was aus dem Briefe hervorgehe, worin nicht das Glas von 1870, sondern das der Revolutionszeit gefordert wird.

Der Parteitag ruft Wutausbrüche der Bourgeoisie hervor, die sich besonders gegen die Rede Cachins richten, dessen Satz zum Chefredakteur der „Humanität“ dadurch besondere Bedeutung erhält. Der „Tamps“ zieht gegen Cachin los, weil er diplomatische Dokumente verlas, welche bisher in Frankreich nicht publiziert wurden und die er als Mitglied der Kommission auswärtiger Angelegenheiten kannte. Das sei ungenügend gegenüber den ausländischen Regierungen, welche an den Verhandlungen teilnahmen. In Wirklichkeit waren die betreffenden Tatsachen schon im „Ranchester Guardian“ publiziert, dessen Korrespondent deshalb ausgewiesen wurde.

zur Begnadigung vorzuschlagen. Ein gleicher Auftrag ist von den deutschen Bundesfürsten und den Senaten der Freien Städte wegen der in ihren Gebieten ergangenen gleichartigen Strafakten ergangen.

Die Beschränkung dieses Auftrags auf die von Zivilgerichten Verurteilten deutet also an, daß man die wegen gleicher Vergehen bestraften Soldaten von der allgemeinen Begnadigung ausnehmen möchte. Das würde also auch auf Karl Liebknecht zutreffen, der bekanntlich „als Armierungssoldat“ verurteilt wurde und nun schon lange im Zuchthaus dafür büßen muß, daß er politische Ansichten in Handlungen vertrat, obwohl er Soldat war. Soll die Amnestie als äußeres Zeichen beginnender Umkehr und wirklicher Reuegestaltung wirken, dann muß sie Liebknecht und die in ähnlichem Falle befindlichen Soldaten nicht ausschließen. Politische Auseinandersetzungen können niemals durch den Strafrichter entschieden werden. Und es diskreditiert nur den Gegner des Verurteilten, wenn man glaubt, diesen durch Strafhast politisch kaltstellen zu können. —

Aufgaben des Reichsarbeitsamts.

Die beiden sozialpolitischen Abteilungen des Reichswirtschaftsamts werden bei der Neuorganisation dieses Amtes abgeändert und dem neu zu errichtenden Reichsarbeitsamt angegliedert. Dem Arbeitsamt werden ferner folgende Aufgaben zugewiesen: Angelegenheiten des Gewerbewesens (Gewerbeordnung) einschließlich Kinogeseß, Bühnengesetz, Arbeiterchuh, Sonntagsruhe, Berufsvereine, Handlungsgehilfen, Privatangehörige (mit Ausnahme ihrer Versicherungen), Werkmänner, Techniker, Tarifverträge, Arbeiterkammern, Einigungswesen, Koalitionsrecht, Verhältnisse des Arbeitsmarktes, Arbeitsnachweiswesen, Arbeitslosenfürsorge und -versicherung, Sparkassenwesen, Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, Lotterie und Spielbanken, Volkszählungen sowie die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, ferner die Bearbeitung der Fragen des Versicherungswesens mit der Arbeiterversicherung, besonders Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter, Versicherung der Angestellten (Reichsversicherungsamt und Reichsversicherungsanstalt für Angestellte), Kriegswochenhilfe, privates Versicherungswesen (Aufsichtsrat für Privatversicherung), Pensionskassenwesen, Haftpflichtgesetz, Wohlfahrtsanstalten im allgemeinen, Jugendfürsorge, Kriegswohlfahrtspflege (Reichsbeihilfen), soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge und Zulagenrenten im baltischen Hilfsdienst sowie Wohnungsfürsorge.

Die Leiter der beiden sozialpolitischen Abteilungen, Unterstaatssekretär Dr. Caspar und Direktor Wuermeling, werden vom Reichsarbeitsamt übernommen. Leiter des neuen Amtes ist bekanntlich der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Genosse Bauer. —

Ein Teil der Amnestie.

Die von der Sozialdemokratie geforderte politische Amnestie soll — zu einem Teile wenigstens — in Kraft treten. Das zingste Telegraphenbureau kann mitteilen, der Kaiser habe den Reichskanzler und den preussischen Justizminister beauftragt, solche Personen, die vom Reichsgericht oder von preussischen Zivilgerichten einschließend der außerordentlichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Strafakten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streifen, Streikendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausgebreitungen bestraft sind, im weiten Umfang im

Notizen.

Wieder am Lager!
Hühneraugen, eingewacht, Nägel
Zahnarzt Freytag
Zahnziehen in
Narkose
Kleberspermaten,
Gebisse in Friedenstausch,
Ertüchtigte Goldarbeiten

Der moderne Metallarbeiter.
Ratgeber für Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer
4. Aufl., 840 Seiten, geb., mit 135 Abbild.

Stahlrohrmatten
für jede Vertiefung nach Maß
Vollst. Aufl. an Preis. Katalog frei.
Eisenmattenfabrik Suhl.

Sozialdemokratischer Verein
Magdeburg.
Nachruf.
Im Alter von 58 Jahren
verstarb unser langjähriges
Mitglied Frau

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltung Magdeburg.
Am 11. d. M. starb unser
Mitglied, der Formner

Heinrich Walter
an Augenentzündung im
Alter von 61 Jahren. 242
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag den 15. d. M., vor-
mittags 9 1/2 Uhr, von der Halle
des Bud. Friedhofs aus statt.
Die Beerdigung.

Zentralverb. der Bäcker,
Konditoren u. verwandter
Berufe
Wittligtsch. Magdeburg.
Nachruf.
Dienstag den 8. Oktober
starb unser Mitglied 2784

Marie Schmidt
geb. Heuer
im Alter von 24 Jahren.
Das Andenken der Ver-
storbenen wird von uns in
Ehren gehalten.
Die Beerdigung.

Gutes Brief-
papier
lose und in
modern. Aufmachung
Jos. Sterr
Bismarck-Strasse 32.

Hierdurch teile ich ergebenst mit,
dass ich als Kriegsinvalide vom
Deere entlassen bin und Anfang
November eine
amtl. Fleischverkaufsstelle
übernehme. Kundenlisten zur Um-
schreibung liegen jetzt schon aus.
7324 Hochachtungsvoll
Fleischermstr. Fritz Wehring,
Magdeburg-Leimbörsch,
Bernigeröder Straße Nr. 25.

Stenographie
Schön schreiben
Maschinen schreiben
gründl. Ausbild. bill. Preise. Am
1. u. 15. jed. Mts. neuer Kursus.
Gerke, Kaiserstr. 1, II.

Trauerarten
empfehl. Buchhandl. Volksstimme

Phonographenwalzen
Sitz 7.00 Mk.,
alle Schallplatten
und Bruch werden zu
höchsten Preisen gekauft.
Musikhaus Weber
Königsplatz 9, 2653

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahl-
reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Ent-
schlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten
unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir auch den
Bewohnern der Häuser Coquiststraße 18 und Dorotheen-
straße 7 für die Kranzspenden sowie Herrn Pastor Häber
für die tröstlichen Worte in der Kapelle und am Grabe.

Rarl Seewitz und Frau Martha
geb. Engel 302
Hermann Schuetter und Frau Emma
geb. Seewitz.

Am 12. d. M., abends 11 1/2 Uhr, entschlief nach langem,
mit Geduld ertragenem Leiden meine liebe gute Frau, unsere
liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Pfeffer
geb. Schröder
an Herzleiden im 60. Lebensjahr.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Diven lebt, den 13. Oktober 1918
Wilhelm Pfeffer, Steinsemeister, als Witte
und alle Verwandten.
Die Beerdigung findet am 16. Oktober, nachmittags 3
Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 2782

Arbeiter-Turnverein Vorwärts Formersleben
Nachruf.
Am 10. Oktober starb infolge einer Augenentzündung
unser langjähriger Turngenosse 7360

gen schlingische Regimenter. Der Feind wurde überall, teilweise
in hartem Kampfe und im Gegenstoß, abgewiesen.
An der Front zwischen Döse und Lüne ist der Feind
unsern nachzüglichen Bewegungen auch gestern nur lang-
sam gefolgt. Er hatte am Abend die Wäldungen von St. Gobain,
die Höhen nördlich der Allette und Amfontaine erreicht. Nörd-
lich des Metourne-Abchnitts hat er die Linie Wfeld-la-Bille-
Avançon - Perthes - Bang-Champagne - Soulers nur mit
schwachen Kräften überschritten. Feindliche Abteilungen, die süd-
lich von Soulers über die Aisne vorstießen, wurden gefangen-
genommen. Teilangriffe des Gegners bei Termes an der Aisne
wurden abgewiesen.

Tealangriffe des Feindes auf dem Westufer der Maas
scheiterten. Erstere Kämpfe hielten tagsüber stillisch der
Maas zwischen dem Arment-Wald und dem Waville nord-
östlich von Beaumont an. Der Amerikaner, der unter hartem
Kräfteinsatz seine vergeblichen Angriffe immer wieder erneuerte,
wurde von preussischen, sächsischen, württembergischen und öster-
reichisch-ungarischen Regimentern in hartem Kampfe zurückge-
worfen.

Bei erfolgreichem Unternehmungen westlich von Diamant
und nördlich des Rheinhöhne-Kanals machten wir Gefangene.
Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Kämpfe in der Gegend von Nisch. Stärkeren An-
griffen unserer Truppen beschloßgemäÙ auf die Höhen nörd-
lich der Stadt aus. Nisch wurde vom Feinde besetzt.

Nördlich von Loon — neue Stellungen.
W. L. B. Großes Hauptquartier, 14. Oktober
1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Vorstöße des Gegners gegen die Kanalfont beiderseits
von Douai wurden abgewiesen. Der Feind, der vorübergehend
in Aubigny-au-Bac einbrang, wurde im Gegenstoß wieder hinaus-
geworfen. Nördlich von Cambrai sind stärkere englische An-
griffe zwischen Vouchain und Hazebrouck gescheitert. Südlich von
Solesmes säuberten wir ein aus den letzten Kämpfen noch ver-
bliebenes Engländerneft.

Nördlich der Döse wurden erneute Angriffe der Franzosen
bei und südlich von Hizonville abgewiesen. Nördlich von
Loon und an der Aisne stehen wir in unsern neuen
Stellungen. Die erfolgreichen Kämpfe der letzten Tage am
Chemain des Dames und in den Stellungen an der Suippe, vor
denen der Feind in fast täglich wiederholtem vergeblichem An-

griffen die Maas keine größere Kampfergebnisse. In
erfolgreichen Angriffunternehmungen nähmen wir Loos, nach
Abbruch der Kämpfe des 12. Oktober nach vom Feinde besetzt
gehaltene Stellung wieder.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Depeschen.
Das neue Deutsch-Oesterreich.

W. L. B. Wien, 14. Oktober. In einem Artikel, betitelt
„Der deutschösterreichische Staat“, befaßt sich die Arbeiter-
Zeitung mit der praktischen Durchführung des Selbstbestim-
mungsrechts des deutschen Oesterreichs. Diefür gebe es
zwei Möglichkeiten, erstens die Schaffung eines deutschöster-
reichischer Staaten, nämlich eines innerösterreichischen Staates,
umfassend Nieder- und Oberösterreich, die angrenzenden deutschen
Bezirke Südmährens und Südböhmens, die deutschen Gebiete der
Steiermark, Kärntens und Tirols, endlich Salzburg und Zora-
riberg, ferner eines deutschböhmisches Staates, umfassend die
deutschen Bezirke Nordböhmens sowie Nordwest- und West-
böhmens vom Riesengebirge bis zum Böhmerwald, und schließlich
eines schlesisch-nordmährischen Staates, umfassend Westschlesien
und die angrenzenden deutschen Bezirke Nordmährens und Ost-
böhmens. Diese drei deutschen Staaten sollen mit den Staaten
der andern Nationen Oesterreichs zu einem Bundesstaat vereinigt
werden, also mit dem tschechischen, südslawischen und
ungarischen Staaten usw. einen österreichischen Staatenbund
bilden.

Wenn aber die andern Nationen einen solchen Bundesstaat
nicht wollen oder nur in einer Form, innerhalb deren die deutsch-
österreichischen Gebiete zu wirtschaftlicher Verkümmern ver-
urteilt wären, dann müßten zweitens die drei deutschösterreichi-
schen Staaten als besondere Bundesstaaten sich dem
Deutschen Reich anschließen, d. h. das 1868 getrennte
staatsrechtliche Band mit Deutschland würde in neuer Gestalt
wieder geknüpft werden. Innerhalb des Deutschen Reiches müßten
die drei deutschösterreichischen Staaten natürlich die gleiche
staatliche Selbständigkeit besitzen, wie Bayern, Sachsen, Baden
und so weiter. Die meisten Deutschösterreicher denken vor-
läufig nur an die erste Möglichkeit. Wollen aber die
Tschechen ganz unabhängig sein, so müssen sie damit
rechnen, daß ihr Staat vom Norden, Westen und Süden her vom
Deutschen Reich umschlungen sein wird. Aber auch die
Entenne soll wissen, daß sie Oesterreich nicht zerbrechen kann,
ohne zehn Millionen Deutsche zum Deutschen
Reich zu schlagen. Das Deutsche Reich aber, zu dem wir
kämen, wäre nicht mehr das imperialistische Deutschland von
gestern, sondern das im Gefolge des Krieges entstehende demo-
kratische Deutschland, dessen neue bundesstaatliche Mit-
glieder selbst demokratische Staaten sein würden.

Für die uns in überaus reichem Maße erwiesenen
Aufmerksamkeiten zu unserer silbernen Hochzeit sagen
wir allen Verwandten, Freunden und unsern werton
Kundschaft innigen Dank.
Gustav Redelmeier und Frau
geb. Nathan. 7856

Am Sonnabend den 12. Oktober, abends 10 1/2 Uhr, ent-
schlief nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte
Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwiegermutter,
Schwester, Schwägerin und Tante
7867

Frau Anna Richter
geb. Gebhardt
im 80. Lebensjahre. Dies zeigen mit der Bitte um stille
Teilnahme an
Budau, Köhly, Gommern, den 14. Oktober 1918
Der trauernde Gatte Friedrich Richter u. Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, vormittags
1/2 Uhr, von der Halle des Budauer Friedhofs aus statt.

Todesanzeige.
Heute morgen 1 1/2 Uhr verstarb nach kurzem, aber
sehr schwerem Leiden unsere liebe und einzige Tochter und
Schwester
7877

Räthe Haensch
im 18. Lebensjahre. Dies zeigen mit der Bitte um stille
Teilnahme an
Magdeburg, den 14. Oktober 1918
Adolf Haensch und Frau Emilie geb. Raugut.
Hans Haensch (juzzeit in Kiel).
Von Beileidsbesuchen bitten abzusehen.
Die Beerdigung findet am Freitag den 18. Oktober,
nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Neustädter Fried-
hofs aus statt.

Todesanzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser unvergesslicher Sohn und Schwiegersohn,
Bruder, Schwager, Neffe und Onkel, der Friseur
7865

Walter Voigtländer
plötzlich verstorben ist. Er folgte nach kaum 8 Wochen seinem
Bruder, welcher in Frankreich gefallen, und seinem erst vor
kurzem gestorbenen lieben Töchterchen in die Ewigkeit nach.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau Toni Voigtländer
nebst allen Angehörigen.
Die Beerdigung findet Mittwoch früh 1/2 Uhr auf dem
Budauer Friedhof statt.

Todesanzeige.
Am Sonnabend abend starb nach kurzem, schwerem Leiden
der Theater-Arbeiter Tischler
7866

Wilhelm Franke
Nachdem er in treuer Pflichterfüllung seinem Vaterland ge-
dient hatte, konnte er sich wieder seiner Arbeit im Theater
widmen, die er jederzeit mit größter Genauigkeit und Arbeits-
freude ausgeführt hat. Franke erzeute sich dank seinem
offenen und bestimmten Wesen der Wertschätzung seiner
Borgesetzten und seiner Mitarbeiter. Ich werde ihm ein
gutes Andenken bewahren.
Heinrich Bogeler,
Direktor des Stadttheaters.

Am 12. d. M., abends 11 1/2 Uhr, entschlief nach langem,
mit Geduld ertragenem Leiden meine liebe gute Frau, unsere
liebe Schwester, Schwägerin und Tante
7872

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 14. Oktober 1918.

Wenn erst Friede ist!

„Extrablatt!“ hallt ein Ruf durch die nächtliche Straße. Er sagt in den dunkeln Strom der Menschen, die von Theatern, Bierstuben und von der Arbeit heimkehren, rennt in Seitengassen, eilt der Straßenbahn nach. „Extrablatt; die deutsche Antwort an Wilson.“

„Die deutsche Antwort?“ Man umringt die Verkäufer, reißt ihnen die Blätter aus der Hand. Unter den Bogenlampen des breiten Weges, im Dichte stehender Wagen der Elektrischen werden sie überflogen, manche Sätze werden zweimal gelesen; langsam und aufmerksam, dann mit lauter Stimme. Einige schauen auch das Blatt nur flüchtig an, stecken es ein und gehen weiter. Unter der nächsten Lampe wird es wieder entfaltet und gelesen. Zweimal, dreimal. Das Auge sucht weiter und die Spannung in den Zügen will sich nicht lösen. Eine Antwort will man in den Sätzen der deutschen Regierung finden auf die Frage aller Fragen: Kommt nun der Friede? Ein Wort möchte man lesen, das sich leuchtend abhebt von den vielen schwarzen Schriftzeichen: das Wort den geht zu Ende.

Es gibt nicht allzu viele, die Zusammenhänge erkennen, die aus den drei Antworten auf drei Fragen selbst herauslesen können, wie es um den Frieden steht. Als vor 4 1/2 Jahren der Krieg heraufzog und allerlei Regierungsbefehle und Noten vor sich herkreuzte, war auch dieses Mater und Suchen in den Pässen. Eiserner Klammern hatten sich um die Herzen gelegt, der Atem stockte, jeder Hauch des Denkens war auf das Kommende gerichtet. Dann zerriß auch vor dem einfachen Manne, der schlichteren Frau die Zeit ihre Schleier und zeigte das löhrende Antlitz des Krieges. Da löste sich die Spannung, eine ungeheure Gefahr, der Gedanke der Landesverteidigung flamme auf, groß und gewaltig. Das Volk, das keinen Anteil hatte an den Handlungen, die den Krieg auslösten, das dem Spiele der damaligen Regierungen und Diplomaten nicht einmal zusehen konnte, erhob sich und nahm alle Opfer auf seine Schultern.

Wie 1914, so leben die Menschen auch in diesen Tagen unter dem Druck einer unerhörten Spannung. Es ist auch jetzt kein hares Uebersehen, kein Beirteilen mehr, ein Laufen an den Worten und Ereignissen des Tages. Sie werfen sich Stimmungen und Meinungen zu, werden ungehalten, unfreundlich und fällen doch zusammenstehen.

Eine Gruppe steht am Alten Markt. Einer liest das Blatt, ein paar aus der Zuhörerschaft machen Einwürfe.

„Also, wollen wir nun Frankreich- und Belgien-räumen?“
„Es scheint so.“
„Infinn, machen wir nicht.“
„Es wird wohl nicht davon abhängen, ob „wir“ es machen wollen.“

„Wenn wir Friede haben wollen, werden wir uns eben manches abgewöhnen müssen, was 4 Jahre lang unsre Liebhaberei war.“

Die Stimmung wird lebhaft; ein Streit um — den Frieden. Abgebrochene Sätze wirbeln umher. „Zurückgehen... Viele Millionen Soldaten... Sieger... Vernunft muß endlich siegen... Schöne Geschichte... Infinn... Nein... ja... Sie verstehen nichts.“

Da drängt sich eine Frau bis zur Mitte, wo der Mann mit dem Blatte steht. Sie kommt anscheinend von der Arbeit, sieht müde und bleich im Lichte der elektrischen Vogenlampe aus. Hinter ihr gehen zwei Jungen, die ihre Mutter abgeholt haben.

„Sie, Onkel, wird nun Friede?“
Stille... Man hatte über Strategie und Diplomatie die Mütter und Frauen vergessen.

„Wird nun Friede?“
„Es bezieht sich viel Hoffnung und auch Aussicht.“
„Dann ist es gut.“
„Oho, ob das gut ist, liebe Frau, wird sich noch zeigen.“
„Wenn erst Friede ist, läßt sich alles schlichten.“
Sie sagte ihre Jungen an den Händen und ging still die Straße hinab.

Die andern schauten ihnen nach. Der Streit war aus.

— Ums Frauenwahlrecht. Als Abbruch der Tagung des Preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht fand am Sonntagabend im Handelskammer-Saal eine öffentliche Versammlung statt, in der Frau Dr. phil. Wegscheider-Biegler (Wonn) über das Thema „Der Nutzen des Frauenstimmrechts für den Staat“ sprach. Die stark besetzte Versammlung hatte infolgedessen noch ein besonderes Interesse, als es, wie die Vorsitzende des Landesvereins, Frau Regine Dutsch, hervorhob, seit Jahren die erste öffentliche Versammlung des Vereins war, die ohne Anwesenheit von Polizeibeamten abgehalten werden konnte. Schreiber dieses konnte sich am Schluß der Versammlung davon überzeugen, daß der alte Saal der Handelskammer ob dieses außerordentlichen Vorkommnisses nicht eingezogen war, ja nicht einmal Miße bekommen hätte. Die Rednerin schilberte zunächst, wie die Menschen durch ihre zunehmende Entwicklung und Denkfähigkeit auch ein größeres Interesse an der Zusammenfassung des jeweiligen Staates und seiner Leistung gehabt hätten. Alle die bedeutenden Reformen der Stein-Gardenberg-Epoche stellten in ihren Einzelheiten keine Belohnungen für irgendwelche Tatkraften oder Leistungen dar, sondern sind Notwendigkeiten gewesen für den weiteren Ausbau des Staates. Dasselbe ist der Fall gewesen, als Bismarck in die Lage kam, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht einzuführen. Wenn es eben nicht mehr anders ging, dann kamen die Reformen. Auch diese nicht ohne innere Kämpfe, die die Durchsetzung der neuen Anschauungen erst ermöglichten. Genau so ist es auch mit dem Wahlrecht der Frauen in Staat und Gemeinde. Der Kampf hierfür ist bisher bei den Frauen mehr Gefühlssache als Resultat einer Erkenntnis gewesen.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung, durch die immer mehr erfolgte Heranziehung der Frauen zu allen möglichen Posten, Wählern in Staat und Gemeinde und sonstigen Tätigkeiten innerhalb der Industrie ist die Bedeutung der Frau im Wirtschaftsprozess und im politischen Leben so gewachsen, daß die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet werden müßte. Heute braucht der moderne Staat das Frauenwahlrecht ebenso notwendig wie das Stimmrecht der Männer. Allein die vielen Fragen auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik, des Kinderproblems, der Vormundschaft, Waisenspflege und der Jugendfürsorge könnten ohne die Mitarbeit der Frau kaum mehr gelöst werden. Diese staatsbürgerliche Erkenntnis muß schon in jedem Knaben und jedes heranwachsenden Mädchen hineingelegt werden. Unter allgemeiner Bekanntschaft erstärkte die Rednerin, daß die Frauen mehr Helfer als die Männer, wenn sie erst in Amt und Würden setzen, auch nicht machen würden.

In der Diskussion zeigten lediglich einige Herren, wie wenig sie die Erfordernisse der Neuzeit erkannt hatten. Auch sonst soll es noch einige Spezies vom starken Geschlecht in der Versammlung gegeben haben, die da meinten, der Vortrag sei durchaus unverständlich gewesen. Wir glauben ihnen dies, in allerhöchster Zeit werden aber im Staat und auch in den Kommunen manche Veränderungen und Neuerungen eintreten, die von vielen nicht mehr verstanden, geschweige begehrt werden. Soweit die Gesamttagung des Landesvereins für Frauenstimmrecht in Frage kommt, kann gesagt werden, daß die Veranstaltung ein gutes Teil zur Belebung der Bewegung zur Einführung des Frauenwahlrechts beigetragen hat.

— Die nächsten fleischlosen Wochen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind für die nächste Schlachtviehauflösungsperiode vom 1. November bis zum 31. Januar 1919 drei fleischlose Wochen festgesetzt worden, während die gegenwärtige Fleischverorgungszeit vier solcher Wochen aufweist. Fleischlos werden sein: die Wochen vom 18. bis 24. November, vom 16. bis 22. Dezember und vom 6. bis 12. Januar. Im Zusammenhang hiermit sei darauf hingewiesen, daß ein wesentlicher Grund für die Einführung der fleischlosen Wochen in den überaus zahlreichen Geheimischlachtungen zu suchen ist. Ohne diese sonstigen umfangreichen Verzehrer gegen die Bestimmungen über den Verkehr mit Schlachtvieh würden wir höchstwahrscheinlich die fleischlosen Wochen nicht nötig haben. Außerdem muß gesagt werden, ob angeht, dieser neuen Einschränkung man an Maßnahmen gedacht hat, die die Eild und Geflügel der Allgemeinheit besser als bisher nutzbar zu machen geeignet sind.

— Nahrungsmittelkontrolle. Aus Ladengeschäften und anderen offenen Verkaufsstellen in Magdeburg sind in der Zeit vom 1. Juli bis Ende September 1918 folgende Proben von Nahrungsmitteln und Gewürzen amtlich untersucht worden: Milch 163, Butter 30, Weizenmehl 2, Gerstlichen 36, Wein 15, Gemüze 15, Honig-Erbsen 1, Wurstwaren 12, Bouillonwürfel 60, Käse 1, Marmelade 5, Bier 9, Kaffee und -Ertrag 16, Speiseeis 9, Zucker 5, Fleischertrag 1, Eierlag 16, Scherwurzbröt 55, Kohlenfahre-Getränke 7, Streumehl 15, Brottauschlag 5, Wackelpulver 15, Wackelmittel 3, Pfefferminztabletten 1. Verursacht war Milch, und zwar durch Wasserzusatz in 4 Fällen; Weizenmehl, Käse, Kaffee-Ertrag, Brot, Brottauschlag und Pfefferminztabletten in je 1 Falle; Gahfleisch und Wein in je 2 Fällen; Gewürz und Wurstwaren in je 3 Fällen; Bouillonwürfel in 12 Fällen; Eierlag in 6 Fällen; Wackelpulver in 9 Fällen.

— Die 16. Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag den 17. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Alstädter Rathaus statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung umfaßt die acht Verhandlungsgegenstände. Unter den Vorlagen sind zu nennen: Einführung des Scheidungsverfahrens bei der städtischen Sparkasse, Errichtung einer neuen Trockenkloanlage für das Mühlgasse des Schlachthofs, Erhöhung der Verpflegungssätze in den Privatabteilungen der Krankenanstalten, Gewährung einer einmaligen Kriegsteuerzulage an die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Außerdem zwei Eingaben, die sich ebenfalls mit Steuerzulagen für die städtischen Buchbinder und die technischen ständig Angestellten der Stadt befassen.

— Kriegsteuerzulagen an städtische Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Magistrat hat beschlossen, neben seinen Beamten auch den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen eine einmalige Kriegsteuerzulage zu gewähren. Anspruch auf die Zahlung dieser Zulage haben sämtliche am Tage der Fassung des Gemeindebeschlusses bei der Stadt Magdeburg beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit Ausnahme derjenigen der städtischen Gutsverwaltung Köbelitz, einschließlich aber der städtischen Hilfsfeuerwachen. Es sollen erhalten die städtischen, spätestens am 1. August 1914 eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen: a) die Verheirateten 500 Mark und für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Prozent davon, das sind 50 Mark. Auf besondern Antrag sind auch Kinder vom Beginn des 16. Lebensjahres bis zum vollendeten 18. Lebensjahr zu berücksichtigen, falls der Nachweis erbracht wird, daß sie im letzten Vierteljahr, vom Tage des Gemeindebeschlusses ab zurückgerechnet, weniger als 150 Mark verdient haben. Für die Widigen sind 350 Mark angesetzt worden. Die unständigen, d. h. die nach dem 1. August 1914 eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen erhalten: a) die Verheirateten bei ununterbrochener Beschäftigungsdauer von mindestens 1/2 Jahre 150 Mark, bei ununterbrochener Beschäftigungsdauer von mindestens 1 Jahr 250 Mark, bei ununterbrochener Beschäftigungsdauer von mindestens 2 Jahren 350 Mark; b) die Widigen bei ununterbrochener Beschäftigungsdauer von mindestens 1/2 Jahre 100 Mark, bei ununterbrochener Beschäftigungsdauer von mindestens 1 Jahr 175 Mark, bei ununterbrochener Beschäftigungsdauer von mindestens 2 Jahren 250 Mark. Von den bei freier Station beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen scheiden die Widigen aus, während die Verheirateten mit 75 Prozent der vorstehenden Sätze berücksichtigt werden sollen. In Kosten entstehen durch diese Zulagen insgesamt 470 000 Mark. Die Stadtverordneten werden um Bewilligung ersucht.

— Jugendbund Freiheit. Die Generalversammlung des Jugendbundes findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch in der „Reichstraße“, Jakobstraße 42, statt. Anfang pünktlich um 8 Uhr. Die Mittwoch-Veranstaltungen für Sudenburg und Neucorstadt fallen aus. Es darf kein Mitglied fehlen. Fragen von der höchsten Bedeutung für den Jugendbund stehen zur Beratung. Ausweisarten sind unbedingt mitzubringen.

— Das Museum für Natur- und Heimatkunde ist vom 15. Oktober 1918 bis zum 15. Februar 1919 an Wochen-, Sonn- und Festtagen von 11 bis 3 Uhr unentgeltlich geöffnet. Montags (Steinungstas) Eintrittskarten 50 Pfg. Geschlossen am Karfreitag und Bußtag.

X Das Wiederanstreten der Grippe und geäußerte Vorläufer der Grippe erfordert besonders sorgfältige Durchsichtigung der schon wiederholt bekanntgegebenen Vorbeugungsmaßnahmen. Auf den Straßen und öffentlichen Plätzen ist das Ausputzen zu vermeiden. Man kenne dazu die Kleinsten und Antippen sowie die Schlammschänge, wodurch eine Weiterverbreitung an den Schuhen vermeiden oder möglichst verringert wird. Vor allem nicht regelmäßige Mundspülung mit Wasserstoffsuperoxydlösung empfohlen.

X Gestohlen wurden aus einem Keller im Alten Fischerufer ein Steinofen mit 30 Geier; aus einem Schaufenster am Breiten Weg vier neue Kleider und sechs Marktsachen; aus Gartenparzellen an der Ring- und Schönebecker Straße, der Sudenburger Wuhne und einem Grundstück in Freter zusammen 13 Hühner und 35 Kanarienvogel; aus einem Schaufenster am Breiten Weg zehn weiße Damenmäntel; aus einem Keller in der Großen Stockstraße eingemachte Früchte und einige Leinwandstücke; aus einer Bodenwanne in der Alstedter Straße zwei Deckbetten, ein Unterbett, ein Kopfkissen und ein weißes Bettuch, aus einem Laden in der Kaiserstraße ein graues Rolltuch; aus einem Keller in der Rosenthaler Straße 15 Pfähle und ein Gah; am 13. vormittags aus einer Wohnung in der Himmelreichstraße ein großer Kleiderkorb, ein Deckbett, zwei Unterbetten und drei Kopfkissen; aus einer Wohnung in der Schorlemerstraße drei Jackentanzluge, drei Paar Schnürschuhe, ein Teil Wäsche und eine Viehtasche mit 150 Mark.

— Brände. Am Sonntagabend nachmittags 3 Uhr entstand in der Kunstvollfabrik auf der Königsborner Straße Nr. 7 dadurch ein Brand, daß in einer Heizmaschine durch ein Metallstückchen eine Funkenbildung verursacht wurde, welche die Wöle in den Maschinen in Brand setzte. Durch Vornahme einer Schlauchlinie wurde das Feuer gelöscht. Am Sonntagabend gegen 6 1/2 Uhr geriet in einem Keller des Grundstücks Memmenstraße Nr. 19 das unter einer Treppe liegende alte Gerümpel auf unerklärliche Weise in Brand. Beim Eintreffen der vom Feuerwehler Döbnerstraße Nr. 59 alarmierten Feuerwehr war die Gefahr zum Teil schon beseitigt.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Wendler.

(17. Fortsetzung.)

(Redaktion verboten.)

Hofschafel, der nicht als der einzige nun auch dem Spruch dieses Obergewaltigen weichen mußte und vor allen Dingen über den bösen Leumund empört war, den Christofani in künstlerischer Beziehung über ihn verbreitete, begie eigentlich noch die Absicht, den Gegner persönlich zur Rede zu stellen und ihm zu dem Zweck auf den Fersen zu bleiben. Als er aber durch Strobel, der zu ihm kam, um einige Klavierauszüge in Empfang zu nehmen, erfuhr, Herr Christofani habe sich krank gemeldet, ließ er den Plan für einstweilen fallen. Gelegentlich einmal, dachte er und fragte den Theaterdiener nur, was denn Christofani fehle.

„Sott, Influenza oder so was“, erklärte Strobel, indem er vermittelst eines großen bunten Taschentuchs das bewußte Tröpfchen von seiner Nase entfernte. „Was soll's denn weiter sein. Festern war er ja noch kreuzfidel und setzte ins Theater rum wie 'ne Biene.“

„Glaub's gern, — wo es geht, seine Karten gegen den Kollegen auszuspielen.“

„Wer? Der General —? Spielt denn der auch Karten?“

Hofschafel mußte lachen. „Nicht doch, ich meinte: seine Hände gegen mich zu schmieden. Die werden Ihnen doch bekannt sein, Strobel?“

„Mir? Aber jung und jar nich. Ich weiß überhaupt nicht.“

„Auch nicht, daß ich gehe?“

„Das freilich, leider — un könnte Tränen drüber verlieren, Herr Kapellmeister.“

„Unfinn, Strobel. Es gibt ein Wiederleben.“

Der Theaterdiener schloß sich an, abermals das bunte Taschentuch herborzugreifen, diesmal bloß der Hilfrung wegen, die es zu heucheln galt. Nachhete er doch unbedingt noch mit einem von Hofschafel bei dessen Scheiden zu erwartenden größern Douceur. „Ne, hoffen wir's“, sagte er, förmlich bestimmt im Ton. „Ich, Herr Kapellmeister, habe Ihnen immer ~~wichtig~~ un werde auch, wenn ich Ihnen empfehlen kann oder so was.“

Trotz des Ernstes der Situation — Hofschafel nahm jetzt die Unterhaltung humorsittlich.

„Später vielleicht mal, Strobel“, sagte er und lächelte heiter.

„Nu, Spah beiseite — ich habe schon manch jutes Wort an Allerhöchster Stelle eingelegt, Herr Hofschafel.“

„Weiß ich, Strobel. Leider bin ich aber fürs nächste durch einen fünfjährigen Vertrag, den man mir von Frankfurt hat — unfähbar, Strobel! — schon gebunden.“

„Donnerwetter — is die Möglichkeit!“

„Ja, etwas gilt man schon noch in der Kunstwelt, wenn man sich auch neben einer Größe, wie euer „General“, hier nicht bekanntem konnte. Trotzdem aber — Sie,

Strobel, werden mit ein treues Andenken bewahren, nicht?“

Das von dem Theaterdiener erhoffte Douceur war bei diesen Worten Hofschafels in seine für solche Vorgänge immer offene Hand gegliitten.

„Janz jenuich un sehr jerne“, quittierte er über den Empfang der Gabe, deren Wert er sofort verstofflich prüfte, und verließ dann, den Kapellmeister kordial und wohlwollend grüßend, dessen Junggesellenheim.

Hofschafel, aufgeheitert von der Begegnung mit dem schmurrigen Kauz, machte sich auf den Weg zu Daniela. Sie empfing ihn, offenbar schon seiner wartend.

„Du gehst?“ kam sie ihm entgegen, eine gewisse bange Erregung sofort berrätend. „Ich hörte, ein fremder Kapellmeister sollte heute abend im Holländer debütieren?“

„Deshalb und weil ich mich meines Bleibens hier durchaus nicht mehr sicher fühlte, sprach und drachtete ich gestern schon ununterbrochen mit Frankfurt am Main, Herzallerliebste.“

„Mit Frankfurt?“

„Ja, dort, wo ich als Selber in der Rot schon heißen Partituren, wie dem Christan und der Straußschen Elektra zu ausgezeichnetem Erfolg verhofft, wartete man gewissermaßen schon auf mich. Ich ahnte das, hörste, von der Niedertätigkeit hier angewidert, gestern an und sah mich nicht entläßt. Surra Frankfurt!“

(Fortsetzung folgt)

Theater, Konzerte u.

Beisprechungen.

Stadtheater. Man hatte am Sonnabend das Trauerspiel 'Clavigo' von Goethe ausgeführt. Mit kann gewiß auch solche heillose schwankende Gestalt wie dieser Held Interesse erwecken...

Einem Kammermusikabend veranstaltete der Kaufmännische Verein in der 'Stadtmittion'. Ausführende waren Arthur Schrabel (Klavier), Raff Fiesch (Violine) und Professor Becker (Cello).

Mitteilungen der Direktoren.

Stadtheater. Heute Dienstag: Die toten Augen. Mittwoch: Graf von Gleichen. Donnerstag: Mignon. Freitag: Nachholer in Granada.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Sozialdemokratischer Verein.

Auf die den Vereinsobmannern mit Datum vom 23. September 1918 zugefallene Einladung zu dem am 20. Oktober 1918 morgens 10 Uhr stattfindenden Sitzung der Vereinsfunktionäre...

Wahlkreis Serichow 1 und 2.

Burg, 13. Oktober. (Gefährliche Begablung.) Der Arbeiterzug, der hier abends um Ritzbüdler eintrifft, hatte am Freitag an dem Uebergang Dönnitzstraße einen Unfall.

ein solcher Transport geht doch nicht geräuschlos ab. Auf dem Bahnhof sind in der Nacht zum Sonnabend aus einem Bahnwagen mehrere Pakete gestohlen worden.

Wahlkreis Osterleben-Halberstadt-Wernigerode.

Ostern, 13. Oktober. (Der neue Landrat) unsern Kreis. Herr Dr. Wegner, war dieser Tage hier anwesend, um mit den städtischen Behörden und den Kreisabgeordneten hier und in der Umgebung Fühlung zu nehmen...

Wahlkreis Kalbe-Osterleben.

Stahfurt, 12. Oktober. (Stimmungen.) Nur zu natürlich ist, daß die gegenwärtige militärische wie politische Lage alle Gemüter in feierhafter Spannung erhält.

Bereins-Kalender.

Fernstudien. Arbeiter-Lernvereine Bismarck. Jeden Freitag, abends 8 Uhr. Übungsstunde bei G.

kleine Chronik.

Von der Grippe. In dem Personal des Haupttelegraphenamts in Berlin hat die Grippe in den letzten Tagen starke Blüten geerntet. Mehrere hundert Beamte mühen wegen Krankheit auszuweichen...

Ein Gattinmörder zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Neu-Uppin verurteilte den ehemaligen 27jährigen Krankenwärter und jetzigen Musikanten Max Fuß in Wittenberge...

Ein frommer Kindesmörder. Vor etwa zwei Wochen wurde in dem Bassin des Nymphenburger Schlossgartens bei München die Leiche eines etwa zwei Wochen alten Mädchens gefunden.

Die Personen durch Leuchtgas getötet. Eine Familien-tragödie hat sich in Lichterfelde bei Berlin ereignet. Mit Leuchtgas vergiftete sich in seiner Wohnung der 50 Jahre alte Werkmeister Hermann Baupfaff...

Eisenbahnunglück in Rumänien. Wie wir bereits am Sonnabend mitteilten, ist Freitag nacht der katastrophalste in der Nähe der Station Piatra (Ol) eingetreten, wobei mehrere Waggons in den Fluß stürzten.

Wettervorhersage.

Dienstag, 15. Oktober: Keine Witterungsänderung.

- Bis auf weitere fallen aus die Schnellzüge D 17 (Sile-) Prandischwitz Hauptbahnhof ab 5:32 - Berlin Potsdamer Bahnhof an 9:19

Friedens-Aufbau. Gesund werden, soll essen im Eigenheim durch Verein 'Friedensbau', Friedrichstraße 358, Saalungen und Zuschüsse gegen Malaria, Gelbfieber, Cholera, Typhus, Scharlach, Diphtherie, S. 248.

Obstbäume. Stachel u. Johannisbeerzweige, Stachel- und Erdbeerpflanzen, Erdbeeren, Gartenerdbeeren, R. Kottmann, Kottmannstr. 11, Braunschweiger Straße 26.

Arbeitsmarkt. Für den Herbst soll alle Arbeiter gesucht werden. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Aufwartung. In den Sonntagsstunden. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Aufwartung. In den Sonntagsstunden. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Ein Mädchen oder eine Krüpplerin. In den Sonntagsstunden. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Geduldige Arbeiterinnen. In den Sonntagsstunden. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Geduldige Arbeiterinnen. In den Sonntagsstunden. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Dringender Bedarf an Arbeiterinnen für die Rüstungsindustrie Magdeburgs. Frauen aller Stände meldet euch bei der Frauennarbeitsvermittlung Magdeburg, Breitenweg 86.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter, Plab-Drücker und Arbeiterinnen in großer Zahl. Ferner Maschinen-, Bau-, Reparatur-, Schlosser, Schloßer für Eisenkonstruktionen, Klempner, Zettler, Sticker, Zimmerer, Malerinnen (schön und oder mittel) zu nähen an Arbeiterinnen. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter, Plab-Drücker und Arbeiterinnen in großer Zahl. Ferner Maschinen-, Bau-, Reparatur-, Schlosser, Schloßer für Eisenkonstruktionen, Klempner, Zettler, Sticker, Zimmerer, Malerinnen (schön und oder mittel) zu nähen an Arbeiterinnen. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter, Plab-Drücker und Arbeiterinnen in großer Zahl. Ferner Maschinen-, Bau-, Reparatur-, Schlosser, Schloßer für Eisenkonstruktionen, Klempner, Zettler, Sticker, Zimmerer, Malerinnen (schön und oder mittel) zu nähen an Arbeiterinnen. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter, Plab-Drücker und Arbeiterinnen in großer Zahl. Ferner Maschinen-, Bau-, Reparatur-, Schlosser, Schloßer für Eisenkonstruktionen, Klempner, Zettler, Sticker, Zimmerer, Malerinnen (schön und oder mittel) zu nähen an Arbeiterinnen. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter, Plab-Drücker und Arbeiterinnen in großer Zahl. Ferner Maschinen-, Bau-, Reparatur-, Schlosser, Schloßer für Eisenkonstruktionen, Klempner, Zettler, Sticker, Zimmerer, Malerinnen (schön und oder mittel) zu nähen an Arbeiterinnen. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter, Plab-Drücker und Arbeiterinnen in großer Zahl. Ferner Maschinen-, Bau-, Reparatur-, Schlosser, Schloßer für Eisenkonstruktionen, Klempner, Zettler, Sticker, Zimmerer, Malerinnen (schön und oder mittel) zu nähen an Arbeiterinnen. R. Gombalowski, Breitenweg 207, L. 7325.

Robrleitungsmonitore. Einem guten Menschen sucht sofort 2760. J. Zabel, Kupfermeister, Saengerweddingen.

Stellmacher. für Rittgerat, in allen Facharbeiten bewandert, wenn möglich, mit landwirtschaftlichen Maschinen vertraut, für sofort gesucht. Angebote mit Lohnanprüchen erbeten. Rittgerat Adolphs bei Schöndis, 9238.

Zimmerleute. finden dauernde Beschäftigung bei A. Wischeropp, Magdeburg-Buckau, 7340.

Dachdecker. stellt dauernd ein 2574. Carl Rich. Steinbecker, Olivenfelder Straße 6.

Maurer, Bau- u. Erdarbeiter. für dauernde Beschäftigung sucht Wilhelm Voss, Baugeschäft, Herderstraße 1. 2718.

Maurer und Erdarbeiter. stellt ein Paul Müller, Baugeschäft, Schützenstraße 22.

Maurer. für Friedhofsbauten in Weiskirchen gesucht. 7320. Hugo Bammes, Baugeschäft, Adersstraße 5, Gde. Leipzigerstr.

Maurer. für Friedhofsbauten in Weiskirchen gesucht. 7320. Hugo Bammes, Baugeschäft, Adersstraße 5, Gde. Leipzigerstr.

Maurer. für Friedhofsbauten in Weiskirchen gesucht. 7320. Hugo Bammes, Baugeschäft, Adersstraße 5, Gde. Leipzigerstr.

Maurer. für Friedhofsbauten in Weiskirchen gesucht. 7320. Hugo Bammes, Baugeschäft, Adersstraße 5, Gde. Leipzigerstr.

Maurer. für Friedhofsbauten in Weiskirchen gesucht. 7320. Hugo Bammes, Baugeschäft, Adersstraße 5, Gde. Leipzigerstr.